

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3,00 RM. monatlich, 1,10 RM. wöchentlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Mittwoch, den 22. September 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Abgeschlagene russische Angriffe bei Luck.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 21. September. (W. Z. B.) Die Mitteilung des Großen Generalstabes von gestern...

Am Edau-Flusse in der Gegend von Riga verstärkte sich das feindliche Geschützfeuer und fanden Gefechte statt. Wir haben die Brücke, welche die Deutschen beim Dorfe Plane...

In der Gegend von Rozhizze, nördlich von Luck, griff unsere Kavallerie die Oesterreicher an und verfolgte sie über eine Strecke von vier Werst; sie fäbelte eine große Anzahl nieder und machte mehr als 200 Gefangene.

Nachdem unsere Truppen einen Wald bei dem Dorfe Jaroslawitz am Styr, südöstlich von Luck, genommen hatten, erbeuteten sie 2 Maschinengewehre und machten 2 Offiziere und etwa 100 Soldaten zu Gefangenen.

Anmerkung: Die österreichische Presse versucht, die Wahrhaftigkeit des Berichtes des Großen Generalstabes vom 14. September in Frage zu stellen, besonders den Satz über die ungeheure Zahl von Gefangenen, welche unsere Truppen in dem letzten Feldzugsabschnitt gemacht haben.

Neue Mobilmachungen in Russland.

Lyon, 20. September. (W. Z. B.) „Progrès“ meldet aus Petersburg: Die Klassen 1916 bis 1912 (zweite Reserve) und die Klassen 1916 bis 1898 (erste Reserve) werden heute mobil gemacht...

Hervé über die russische Lage.

Paris, 20. September. (W. Z. B.) In der „Guerre Sociale“ erklärt Gustave Hervé, die deutsche Heeresleitung wolle anscheinend das russische Zentrum umschließen und den Russen ein ungeheures Sedan bereiten.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. September 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt Sonhez-Arras unterhielt die französische Artillerie fast ununterbrochen starkes Feuer; in der Gegend von Neuville kam es zu Handgranatenkämpfen.

Das gestern in Trümmer geschossene Schloß von Sapignoul (am Aisne-Marne-Kanal nordwestlich von Reims) wurde nachts nach Sprengung der Ueberreste planmäßig und ohne Berührung mit dem Feinde von uns geräumt.

Westlich von Perthes (in der Champagne) und in den Argonnen wurden mit Erfolg Minen in der feindlichen Stellung gesprengt.

Mehrere Handgranatenangriffe am Harmandweilerkopf wurden abgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg.

Die Truppen des Generalobersten v. Eichhorn sind nordwestlich und südwestlich von Dschmjana im fortschreitenden Angriff.

Der rechte Flügel der Heeresgruppe erreichte unter Nachhutgefechten die Gegend östlich von Lida bis westlich von Nowogrodok.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Der Uebergang über den Wolozadz bei und südlich Dworzec ist erzwungen. Weiter südlich gelangten unsere Truppen unter Verfolgungskämpfen bis in die Linie südöstlich Wolozadz-Nowaja-Mysch, westlich Ostrow.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den deutschen Truppen hat sich nichts ereignet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 21. September. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 21. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Erneuerte russische Angriffe auf unsere Stellungen im Raume östlich von Luck wurden abgeschlagen. An der Zlwa gesprengte das Kreuzfeuer unserer Batterien einige feindliche Abteilungen, die auf dem Westufer des Flusses festen Fuß zu fassen versuchten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Salsiról eröffneten unsere schwersten Geschütze das Feuer gegen die vom Feinde besetzten Ortshäuser, sowie gegen seine Stellungen und Batterien im Raume von Ceravalle nördlich von Ala. Vor unserer Grenzstellung auf dem Coson (Hochfläche von Silgerenth) wurden die Italiener wie immer abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Artillerie führte serbische Befestigungsarbeiten an der unteren Drina. Sonst nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Saefer, Feldmarschalleutnant.

Roskau abgeschnitten sein. Die Lage in Russland sei zwar noch nicht verzweifelt, aber schlecht genug, sodaß man sich auf alles gefaßt machen müsse.

Die Herrschaft des Finanzkapitals in Amerika.

New York, 1. September 1915. (Fig. Ver.)

Der Mehrheitsbericht der Bundes-Industrie-Kommission, wie er im Auszug schon veröffentlicht worden ist, befaßt sich unter anderem auch mit den Herrschaftsmethoden des Finanzkapitals in den Vereinigten Staaten.

Das Bild, das die Kommission von der Herrschaft des Finanzkapitals entwirft, sieht ungefähr so aus: Die Herrschaft über Industrie, Bergbau und Verkehr geht in den Vereinigten Staaten in immer stärkerem Maße in die Hände der großen Aktiengesellschaften (corporations) über, die im Besitze der Aktien sind, und der Kredit ist in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Anzahl ungeheuer mächtiger Finanzinstitute, die ihrerseits wiederum von einer sehr kleinen Anzahl Finanzleute beherrscht werden.

Wie gewaltig die Macht dieser Kapitalmagnaten und wie weit die Zentralisation in der amerikanischen Industrie fortgeschritten ist, erhellt aus folgender Stelle in dem Bericht:

„Eine sorgfältige und maßvolle Untersuchung zeigt, daß die von sechs Finanzgruppen und angeschlossenen Interessentkreisen beherrschten Gesellschaften 2 651 684 Lohnarbeiter beschäftigen und über ein Gesamtkapital von 19 875 200 000 Dollar verfügen. Diese Finanzgruppen beherrschen 28 Proz. der Gesamtzahl der Lohnarbeiter, die in den Industrien beschäftigt sind, mit denen sich der Bericht unserer Untersuchung befaßt.“

Diese industriellen „Diktatoren“, wie sie der Bericht nennt, wissen meist gar nichts von den Industrien, die sie beherrschen, außer den Finanzen, und kehren sich den Teufel um das Leben und das Wohlergehen ihrer Arbeiter.

Die autokratische Beherrschung gewaltiger Arbeiterheere genügt dem Finanzkapital jedoch nicht. Es bemüht sich auch, sich die Herrschaft über die Bildungsanstalten und die öffentliche Meinung zu sichern. Diesen Zwecken dienen Stiftungen, deren Zwecke unbestimmt sind, die sich aber meist betätigen, indem sie Universtitäten Einkommen verschaffen, Pensionsfonds für Lehrer anlegen, zu privaten Wohltätigkeits-Einrichtungen beitragen und die Presse beeinflussen.

Die Bundeskommission weist dokumentarisch nach, daß die sogenannten wirtschaftlichen Untersuchungen der Rockefeller-Stiftung keinen wissenschaftlichen oder sozialen Zweck verfolgen, daß sie ihren Ursprung in dem Bestreben hatten, die wirtschaftlichen Interessen des Herrn Rockefeller zu fördern. So hat diese Stiftung eine Agitation zur Aufklärung über die Gewerkschaften unternommen, die nichts anderes war als ein Kampf um den offenen Betrieb, d. h. um die Ausschaltung der Gewerkschaften.

Mahnahmen getroffen werden. Der englische Arbeiterführer Lodge hat in Paris vor einer sozialistischen Versammlung eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, daß in England keinerlei Friedenssehnsucht bestünde. Die Arbeiterparteien streben in erster Linie danach, die Deutschen zu besiegen, und zwar durch das Freiwilligste. Aber wenn die Regierung einsehen sollte, daß dieses Verfahren nicht die genügende Zahl an Mannschaften erbringe und die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für notwendig erachte, so würden die englischen Arbeiterparteien die Einführung gutheißen, um die deutschen Armeen besiegen zu können. Im großen Ganzen ist das englische Volk davon überzeugt, daß der Krieg ausgeklappt werden müsse und ein ungewisser Frieden nur in wenigen Jahren einen neuen Kampf zur Folge haben könnte. Das Ergebnis der Konferenzen Lloyd Georges mit den Abgeordneten der Arbeiterparteien ist ein befriedigendes gewesen. Jedermann, der gegenwärtig noch nicht zum Militärdienst herangezogen ist, werde noch vor dem nächsten Frühjahr mit Waffen versehen und ausgebildet werden. Alsdann würden auch außerordentliche Mengen Munition fertiggestellt worden sein, um eine endgültige Zerschmetterung des Feindes möglich zu machen; denn nur eine völlige Vernichtung und Niederlage könne auf die Deutschen Eindruck machen.

Ann. der Red.: Die Kriegsstimmung dieser Arbeitervertreter wird bekanntlich in den englischen Sozialistenkreisen keineswegs durchweg geteilt.

Die Moskauer Stadtbehörde gegen die Duma-Vertagung.

Kopenhagen, 21. September. (W. T. B.) Der „Berlingske Tidende“ wird aus Moskau berichtet, daß der Magistrat und die Semstwo einstimmig eine Entschließung angenommen haben, die sich dahin ausdrückt, daß es im Augenblick in erster und letzter Linie darauf ankomme, daß Einmütigkeit zwischen Regierung und dem Volke herrsche und die Regierung das Vertrauen des Volkes besitze. Die Unterbrechung der Duma dürfe nur so kurz wie möglich sein. Das Volk dürfe die nationale Arbeit nicht aufgeben, die jetzt wichtiger als je zuvor sei. Die Entschließung des Magistrats sei von dem Ersten Bürgermeister Tschelnukow unterzeichnet und an allen Straßenecken der Stadt angehängt.

Die Arbeiter an das Bürgerkomitee in Warschau.

Die polnische sozialistische Partei von Warschau hat dem Bürgerkomitee eine Massenpetition überreicht, in der nachstehende Forderungen geltend gemacht werden:

1. Eine Repräsentanz der Arbeiterkraft in allen wirtschaftlichen Institutionen.

2. Beteiligung der Arbeiter an der Fabrikinspektion und der Arbeiterbüros.

Zum Kampf gegen die derzeitige wirtschaftliche Krise werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Arbeitslosenzahlung
2. Inbetriebsetzung der Fabriken
3. Angriffnahme von öffentlichen Arbeiten
4. Mietzinsmoratorium für Arbeitslose
5. Auszahlung der gesetzlich vorgeschriebenen Gehältern an die Arbeiter der außer Betrieb gelegten Fabriken
6. Auszahlung der Unterhaltungen von fälligen Fabriken an die ehemaligen Arbeiter
7. Einführung einer progressiven Einkommensteuer zugunsten der Arbeitslosen
8. Strenge Erhaltung der Höchstpreise für Lebensmittel und Brennmaterial
9. Großverkauf von Lebensmitteln und Brennmaterial durch das Bürgerkomitee und Verkauf an die Arbeiter zum Selbstkostenpreis
10. Erteilung von Unterstützung an die existierenden und entstehenden autonomen Arbeiter-Vollräte
11. Entschädigung für die Mitglieder der Bürgermilitär, die ohne Berufstätigkeit sind
12. Kontrolle über die Arbeiter-Emigration nach Oesterreich und Deutschland.

Diese Petition wurde von 5041 Arbeitern unterfertigt, die einer der in Polen wirkenden sozialistischen Parteien angehören.

Serbische Sondermission in Bukarest.

Budapest, 20. September. (W. T. B.) Aus Bukarest wird dem „Az Est“ gemeldet: Der serbische Gesandte in Rom Nistitsch ist in besonderer Mission in Bukarest eingetroffen. Ihm wird die Aufgabe zugeschrieben, über die Haltung Rumäniens gegenüber Serbien Aufklärung zu verschaffen. Nistitsch scheint hierzu besonders berufen, da er aus der Zeit seines vieljährigen Bukarester Aufenthaltes als Gesandter über große Verbindungen verfügt.

Rumänien und die Türkei.

London, 21. September. (L. N.) Der „Times“ wird aus Sofia aus maßgebender Quelle gemeldet, daß Rumänien fest entschlossen ist, sich gegen jede Verletzung seines Gebietes zu erheben. Die Regierung hat sich schon durch die kategorische Weigerung bedeckt, Munition nach der Türkei durchzulassen. Die Gerüchte über die Bildung eines Warghiloman-Corps-Ministeriums sind offenbar durch Anhänger Deutschlands aufgebracht worden. Es ist undenkbar, daß der König diese Staatsmänner unter den jetzigen Umständen mit der Regierung betrauen werde. In einem Interview gab Filibeau, der Leiter der Konservativen, an, daß Rumänien die Gelegenheit, in den Krieg einzugreifen, verkannt hat; aber er sprach die Hoffnung aus, daß diese Gelegenheit bald wiederkehren werde. Er erklärte, wenn Deutschland einen Einfall in Serbien unternähme, würde es Rumänien einreisen. Diese Operation würde, wenn dies nötig sein sollte, die Regierung zwingen, zwischen beide Staaten zu treten. Die Zentralmächte wissen jedoch, welche eine bestimmte Haltung Rumänien einnehmen würde, und haben deshalb ihren Einfall in Serbien, den sie vorhaben, aufgegeben. Gleichzeitig haben die ungarischen Behörden hinsichtlich der energischen Haltung Rumäniens die Grenze wieder geöffnet und den in Ungarn zurückgebliebenen Reisenden die Erlaubnis zur Rückkehr nach Rumänien gestattet.

Politische Uebersicht.

Rußland und England.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt Rußlands in Schuß. Nicht gegen Deutschland, aber gegen die Engländer. Deren Kritik an den inneren Zuständen im Zarenreiche scheint dem konservativen Blatt nicht am Plage. Zwar machen die russischen Verhältnisse den Eindruck eines schier unlöslichen Wirrwarrs und eines befremdlichen Gegenfelds, aber die britische Presse habe kein Recht zu scharfer und hohnvoller Kritik, denn in England sehe es möglicherweise noch bedenklicher aus. Der Streit um die Wehrpflicht zerrütte das Land, und wenn ein Arbeiterführer für den Fall eines Sieges der Roten die Presse sogar mit dem Generalstreik drohen könne, so beweise das, wie schlimm es um die Zukunft des britischen Staates bestellt

sei. „England hat durchaus keinen Anlaß, auf seine politische Reife und Mäße stolz zu sein. England und Rußland bieten gleichermäßen und gleicherweise ein Bild der stärksten politischen Unsicherheit und Zerissenheit.“

Hier ist soviel richtig, daß die innerpolitischen Verhältnisse Großbritanniens an solcher Maße mancherlei vernünftigen lassen. Der Kampf um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bringt auch dann, wenn man die Ankündigung Thomas' nicht allzu wörtlich und allzu tragisch nimmt, mancherlei Aufregungen. Aber es ist doch ein lächerliches Unterfangen, die herrschenden Zustände in England mit denen im Reich des Jaren auf eine Stufe zu stellen. Jedes Land macht eine Krise durch, wie sie einer im Kriege wenig erfolgreichen Nation niemals erspart bleibt, der russische Staat aber ist bis in seine tiefsten Tiefen erschüttert, nachdem zu der militärischen Niederlage der erneute Triumph der Reaktion gekommen ist. Es heißt die Verhältnisse stark verkennen, die beiden Alliierten in einem Atemzuge zu nennen. Oder heißt es vielleicht etwas anderes? Weßt das Bemühen, die englischen Zustände möglichst schwarz zu malen, am Ende auf den Wunsch zurück, den Eindruck der durch die Herrschaft der Autokratie und der Bürokratie heraufbeschworenen Zerrüttung des russischen Reiches für das Auge des deutschen Beschauers abzumildern? Fast könnte man es annehmen, zumal wenn man feststellt, wie in der letzten Zeit wieder von den verschiedensten Seiten alles daran gesetzt wird, die parlamentarische Regierungsform in Mißkredit zu bringen.

Anrechnung der Kriegsjahre.

Das „Reichs-Befehlsblatt“ veröffentlicht einen Erlaß, der festsetzt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist.

Als Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege gelten: 1. die Angehörigen des Deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen in den Schutzgebieten, die während des Krieges an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen haben, gleichgültig, ob diese Teilnahme bei den deutschen oder den Streitkräften eines mit dem Deutschen Reich verbündeten oder befreundeten Staates erfolgt ist, 2. die Angehörigen des Deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen, die, ohne vor den Feind gekommen zu sein (Ziffer 1), sich während des Krieges aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im Kriegsgebiet aufgehalten haben.

Als Kriegsgebiet sind anzusehen: a) das Gebiet der Staaten, mit denen das Deutsche Reich und die mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten sich im Kriege befinden, einschließlich der Kolonien dieser Staaten und Luxemburg, b) sämtliche deutsche Schutzgebiete, c) die Gebietsteile des Deutschen Reiches und der mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten, soweit in ihnen kriegerische Operationen stattgefunden haben, d) das gesamte Meeresgebiet und e) das Küstengebiet, soweit sie vom Feinde gefährdet sind.

Denjenigen Kriegsteilnehmern, die sowohl im Kalenderjahr 1914 wie im Kalenderjahr 1915 die vorstehenden Bedingungen erfüllt haben, sind zwei Kriegsjahre anzurechnen.

Aufgehobenes Militärverbot.

Das Militärverbot für Säle und Wirtschaften, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, wurde seinerzeit in Sachsen insofern gemildert, daß es nur bestehen blieb für den jeweiligen einzelnen Fall. Die Gastwirte waren verpflichtet, ein Plakat anzuhängen, das den Soldaten den Zutritt für den Tag verbot, an dem eine Versammlung, ein Vergnügen oder irgendeine andere Veranstaltung des sozialdemokratischen Vereins in dem Lokale stattfand. Das ständige Militärverbot blieb aber für die Lokale bestehen, in denen regelmäßiger und dauernder Verkehr der sozialdemokratischen Organisation in Frage kam. Ende August 1914 wurde durch Verfügung des Generalkommandos das ständige Militärverbot überhaupt aufgehoben. — Wie jetzt bekannt wird, ist am 1. Juni 1915 im Dresdener Bezirk den unteren Behörden mitgeteilt und von ihnen angeordnet worden, daß auch das Erfordernis des erwähnten Aufhanges fallengelassen ist. An den Veranstaltungen selbst, insbesondere an politischen Versammlungen dürfen jedoch nach wie vor Soldaten nicht teilnehmen.

Urlaub und Löhnung.

Der Kaiser hat, wie die „Arenz-Zeitung“ berichtet, bestimmt, daß den Mannschaften, die unter Gewährung freier Fahrt beurlaubt werden, allgemein die Löhnung unverfärgt fortgewährt wird.

Hoffentlich sorgt das Kriegsministerium dafür, daß den in Frage kommenden militärischen Stellen endlich einmal eingepreßt wird, daß mit der Gewährung von Urlaub die freie Fahrt verbunden ist. Noch immer kommen Fälle vor, daß beurlaubte Mannschaften das Fahrgeld aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Fleischskammität in Köln.

Auf dem Schweinemarkt in Köln ist am Dienstag in der Zeit von einer halben Stunde der ganze Autrieb von 1740 Schweinen durch Händler aufgelaufen worden, die natürlich im Weiterverkauf höhere Preise fordern. Für den Zentner wurden 185 M. bezahlt. Die dem Treiben, das zu unerschwinglichen Preisen führen muß, will die Stadt nun dadurch entgegenwirken, daß sie ihre Vorräte an gestoretem Schweinefleisch zum Verkauf freigibt.

Regelung der Lebensmittelpreise.

Eine anscheinend offiziöse Notiz, die durch die bürgerliche Presse geht, besagt: „Vorwiegend noch in dieser Woche wird der Bundesrat über die schon in der letzten Reichstagsstagung angekündigte Verordnung zur Bekämpfung unberechtigter Preisverhöhen auf dem Lebensmittelmarkt Beschluß fassen. Dem Vernehmen nach werden in dieser Bekanntmachung den Gemeinden sehr weitgehende Vollmachten zur Regelung der Lebensmittelpreise und zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers erteilt werden, Vollmachten, die bei sachgemäßer Anwendung jedenfalls ausreichen werden, allen Auswüchsen auf diesem Gebiet entgegenzutreten. Die Festschließung von einheitlichen Lebensmittelpreisen im Kleinhandel für das ganze Reichsgebiet hat sich als undurchführbar herausgestellt. Wenn aber für die hauptsächlichsten Lebensmittel Höchstpreise für größere, in sich einheitliche Gebiete festgesetzt werden, dann wird es den Gemeinden auf Grund der neuen weitgehenden Vollmachten wohl gelingen, im Kleinhandel Preise einzuführen, die mit den Herstellungskosten und mit der allgemeinen Wirtschaftslage im Einklang stehen.“

Zur Kartoffelkrage.

Aus Händlerkreisen wird uns geschrieben: In der Kartoffelkrage sind keine Höchstpreise von der Regierung festgesetzt, so daß man tatsächlich in der Lage wäre, bei der kolossal großen Ernte in diesem Jahre und zwar gilt die Ernte für allgemein als die größte der letzten 20 Jahre, gute Speisekartoffeln frei Berlin mit 2,50 M. bis 3 M.

liefern zu können. Hiermit wäre der Bevölkerung tatsächlich bei all den anderen teuren Lebensmitteln wohl ganz besonders geholfen.

Leider hat nun aber die Regierung doch wieder Maßnahmen getroffen, wodurch die Kartoffelpreise in die Höhe getrieben werden und zwar aus dem Grunde, weil sie den Preis für Kartoffelmehl auf 40 M. festsetzt; es ist unverständlich, wie die Regierung zu diesen Maßnahmen gekommen ist. Wohl lediglich, um den Stärkefabriken und den Landwirten zu helfen, nicht aber der Bevölkerung.

Ich gestatte mir noch mitzuteilen, daß in Normalgetten bei Durchschnitts-Kartoffeln-Ernten, Kartoffelmehl 18—24 M. der Doppelzentner gelöst. Hiernach ist es doppelt so verwunderlich, daß bei einer so kolossalen Kartoffelernte der Preis auf 40 M. festgesetzt wurde. Dagegen wird Roggenmehl mit 32 M. pro Sad und Weizenmehl mit 38—40 M. verkauft. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung veranlaßt werden könnte, den Preis für Kartoffelmehl auf allerhöchstens 30—32 M. festzusetzen. Hierbei könnte der Landwirt sehr gut bestehen, und was die Hauptsache ist, es würden hiernach Stärkekartoffeln bedeutend billiger zu beschaffen sein, als es augenblicklich der Fall ist, denn die Stärkefabriken können ja für unerlesene Kartoffeln nach obigem 8 M. per Zentner zahlen, so daß sich bestimmt Stärkekartoffel-Preise auf 3,50—4 M. stellen dürften.

Der Bund „Neues Vaterland“

teilt uns folgendes mit:

Der Brief von Dr. Wehberg an die Redaktion der „Zeitschrift für Völkerrecht“ hat bereits im Dezember 1914 in holländischen, englischen und französischen Zeitungen gestanden, durchaus gegen den Willen des Verfassers, der damals den Brief an einige besonders intime Mitarbeiter der „Zeitschrift für Völkerrecht“ sandte mit dem Vermerk „streng vertraulich“. Wer von diesen Empfängern den Brief weitergegeben hat, konnte nicht ermittelt werden. Jeder hat es abgestritten. Dr. Wehberg wurde bereits damals vor das Garnisonkommando geladen, wo er erklärte, daß diese Veröffentlichung in der ausländischen Presse gegen seinen ausdrücklichen Willen stattgefunden hat. Der Bund „Neues Vaterland“ veröffentlichte hierauf in seinem vertraulichen Mitgliederzirkular vom Juli den Brief Dr. Wehbergs. Diese Zirkulare sind nur an Mitglieder verbannt worden, wozu der Bund laut Verfügung des Oberkommandos ausdrücklich die Erlaubnis hatte. Diese Tatsachen beweisen, daß die Bekanntgabe des Briefes im Auslande keineswegs durch den Bund erfolgt ist.

Von einem Ermittlungsverfahren ist dem Bunde nichts bekannt.

Der deutsche Außenhandel und der Krieg.

Berlin, 21. September. (W. T. B.) Die im Kriegsausbruch der deutschen Industrie vereinigten zentralen Industrieverbände veranstalteten heute eine Besprechung über die Aufgaben der vom Kriegsausschuß bei Beginn des Krieges gegründeten Außenhandelsabteilung. Das Referat erstattete der Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, Professor Dr. Harns.

Nach eingehender Erörterung wurde folgende Entscheidung einstimmig gefaßt: Die Ausschüsse des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nehmen mit Befriedigung Kenntnis von den umfangreichen und erfolgreichen Arbeiten, die die Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie seit Kriegsausbruch geleistet hat und deren Ergebnisse in den gedruckten Mitteilungen des Kriegsausschusses regelmäßig veröffentlicht worden sind, soweit sie weiteren Kreisen förderlich sein konnten.

Die Ausschüsse der beiden Verbände sind der Ansicht, daß die zahlreichen vom feindlichen Auslande ergriffenen Maßnahmen zur systematischen Verdrängung und Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs nach dem Kriege eine zielbewußt organisierte Förderung der deutschen Ausfuhr wie überhaupt der deutschen Welthandelsinteressen erfordern, um hierdurch die durch den Krieg herbeigeführten Schädigungen abzuwenden.

Sie billigen daher und begrüßen die vorbereitenden Schritte, die seitens der Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens auf dem Gebiete des Außenhandels unternommen und in Aussicht genommen worden sind. Die Versammlung hält die Weiterentwicklung der Außenhandelsabteilung nach dieser Richtung hin für dringend geboten und behandelte die Absicht, mit anderen wirtschaftlichen Verbänden und sonstigen Instituten, welche an den auf diesem Gebiete sich ergebenden Aufgaben mitzuarbeiten berufen und gewillt sind, in Verbindung zu treten, um auf diesem Wege den weitestgehenden am Außenhandel beteiligten vaterländischen Interessen möglichst in vollem Umfange gerecht zu werden.

Diese Exportförderungsbestrebungen werden aber nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn ihnen weitestgehende staatliche Unterstützung sowohl seitens der inländischen Reichsbehörden, wie der auswärtigen deutschen Reichsvertretungen zuteil werden wird.

Die weitere Behandlung dieser Fragen wird seitens der Vorsitzenden des Kriegsausschusses der deutschen Industrie gegebenenfalls in besonders zu bildenden Kommissionen unverzüglich in die Wege geleitet werden.

Letzte Nachrichten.

Mobilmachung in Bulgarien.

Berlin, 21. September. (W. T. B.) Die kgl. bulgarische Gesandtschaft in Berlin bringt zur Kenntnis, aller im Deutschen Reich sich aufhaltenden bulgarischen Staatsangehörigen, daß die kgl. bulgarische Regierung heute, am 21. September, eine allgemeine Mobilmachung angeordnet hat. Infolgedessen werden sämtliche bulgarische Staatsangehörigen, die sich in Deutschland befinden und militärpflichtig sind, aufgefordert, sich unverzüglich nach der Heimat über Wien und Rumänien zu begeben. Um etwaige nähere Auskünfte über die Reisebedingungen können sich die bulgarischen Staatsangehörigen schriftlich an die kgl. bulgarische Gesandtschaft in Berlin, Kurfürstendam 37, wenden.

Das zweite englische Kriegsbudget.

London, 21. September. (W. T. B.) Im Unterhause brachte McKenna das zweite Kriegsbudget für das laufende Finanzjahr ein. Er kündigte dabei eine Erhöhung der Einkommensteuer um vierzig Prozent an. Die Steuer habe in diesem Jahre bisher 11 274 000 Pfund Sterling eingebracht; man erwarte für das ganze Jahr 37 400 000 Pfund Sterling. Auch die Ertragssteuer werde bei einem Einkommen von 8000 Pfund Sterling und darüber erhöht werden, und zwar um 1/10 bis 1/2 Schilling, woraus man 2 150 000 Pfund Sterling zu erzielen hoffe. Ferner sollen die Kriegsgewinne besteuert werden.

Wie es gemacht wird.

Die „I. A.“ ist so gütig, zu ihrem gestern unter Vorbehalt wiedergegebenen Bericht ihres Schweizer Mitarbeiters über die „Rumpf-Internationale“ zu bemerken, man müsse das Verhandlungsprotokoll und das beschlossene Manifest abwarten, ehe ein endgültiges Urteil gefällt werden könne.

Jene Bestrebungen haben nun zu einer Konferenz geführt, die Anfang September bei Bern hinter verschlossenen Türen tagte und dort ein Friedensmanifest beschloß, das in deutscher und französischer Sprache erscheinen soll.

Wir sind nun gespannt, wie das „endgültige Urteil“ der hohen Richter aus der „I. A.“ ausfallen wird, nachdem sie von den Verhandlungsprotokollen und dem Manifest der Konferenz Kenntnis genommen haben werden.

Die vorstehende Resolution zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie, übrigens entsprechend der permanenten Haltung der französischen Gewerkschaften, nicht von der „notwendigen Fortführung des Krieges“, sondern von der Herstellung des Friedens durch die Verständigung der Völker spricht.

Was hier über die auf der französischen Gewerkschaftskonferenz angenommene Resolution gesagt ist, trifft natürlich noch in viel höherem Maße auf die Resolution der Widerheit der französischen Gewerkschaften zu, die bekanntlich eine sehr stattliche Zahl von Stimmen und Organisationen auf sich vereinigte und die von demselben Geiste getragen ist, wie etwa das Manifest der soeben in der Schweiz stattgefundenen internationalen Konferenz.

Exmission gegen eine Kriegerfrau.

Das Exmissionsurteil des Amtsgerichts Memel gegen einen Kriegsteilnehmer der mobilen Armee und dessen Ehefrau in Memel hatten wir am 10. September besprochen und es für unvereinbar mit dem Gesetz und mit der Auffassung auch des Staatssekretärs der Justiz über die Unzulässigkeit der Exmission einer Kriegerfrau erklären müssen.

Der Amtsgerichtsrat David führt aus, beiden Eheleuten sei das vom Ehemann allein oder von beiden Eheleuten abgeschlossene Mietverhältnis bereits zum 1. April 1915 gekündigt worden.

Das dies der springende Punkt ist und daß nach dem zum Schluß gegen Kriegsteilnehmer erlassenen Gesetz vom 4. August 1914 diese Frage so wie wir es getan haben zu beantworten ist, verweist auch die Zukunfts des Memeler Amtsgerichts an uns nicht.

zusehen sei (Gesetz vom 4. August 1914), andererseits aber auch, daß Kriegsteilnehmern auf Antrag des Gegners ein Vertreter zu bestellen sei, wenn dies zur Verhütung offenkundiger Unbilligkeiten erforderlich erscheine.

Frau Lengies lehnte es damals auch in der mündlichen Verhandlung ab, in die kleinere Wohnung, deren Verkaufbarkeit sie nicht bemängelte, zu ziehen, indem sie erklärte, daß sie der größeren Wohnung bedürfe, weil sie, um ihren Unterhalt zu bestreiten, darauf angewiesen sei, möblierte Zimmer zu vermieten.

Frau Lengies hätte also eine kleinere Wohnung in dem Hause des Klägers beziehen können, die, wie nach ihren Angaben angenommen werden muß, für ihren persönlichen Wohnbedarf genügt hätte, zog es aber vor, auf Kosten des Vermieters die größere Wohnung zu behalten, um Zimmer vermieten zu können.

Die in dem Verichte erwähnte Äußerung eines Herrn Rechtsanwalts ging nach meiner Erinnerung und, wie mir der Herr Rechtsanwalt jetzt auf meine Anfrage bestätigt hat, lediglich dahin, daß ein Rechtsanwalt die Vertretung eines Kriegsteilnehmers nicht übernehmen würde, wenn er, wie in dem vorliegenden Falle, nichts zu dessen Gunsten anführen könnte.

Diese Darlegungen des Herrn Amtsgerichtsrats David bestätigen und erhärten aus entschiedenster unsere Ansicht. Es ist eine „offenbare Unbilligkeit“, einem Kriegsteilnehmer, der durch seine Vaterlandsverteidigungspflicht behindert ist, seine Rechte wahrzunehmen und das zur Erfüllung seiner aus der Ehe hervorgehenden Pflichten erforderliche Geld zu erwerben, einen Vertreter zu bestellen, damit gegen ihn und seine Familie Nachteile herbeigeführt werden können.

In dem Artikel vom 10. September führten wir auf Grund unserer Information an, ein Rechtsanwalt habe erklärt, er lehne es ab, den Mann zu vertreten, da er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, zur Exmission eines Kriegsteilnehmers zu helfen, er glaube, so wie er dächte alle Memeler Rechtsanwälte.

Offenkundig läßt der besprochene Fall endlich dazu, daß der Bundesrat seine Verordnung in dem Sinne ihrer Begründung interpretiert, damit Verhütung dahin geschaffen wird: nach deutschem Recht darf eine Kriegerfamilie nicht exmittiert werden, wenn ihr Ernährer im Felde steht und dadurch zur Ernährung seiner Familie außerstand gesetzt ist.

Vollmilch-Streckung.

Die Milchpanscherei, die von Angestellten der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten im letzten Herbst und Winter mehrere Monate getrieben wurde, unterlag gestern noch der Prüfung des Landgerichts Berlin I.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte im Juni d. Js. den Wolkensdirektor Friedrich Krause und den Oberinspektor Max Schlobisch wegen gemeinschaftlich begangener Nahrungsmittelverfälschung, Krause zu 500 M. Geldstrafe, Schlobisch zu 50 M. Geldstrafe.

die Strafen zu gering schienen, sondern auch die beiden Angeklagten, die trotz Einräumung des Tatbestandes sich für nicht strafwürdig hielten und Freisprechung forderten.

In der Berufungsverhandlung beim Landgericht machte der Angeklagte Krause wieder geltend, daß der Zufuß von Rogermilch erlaubt gewesen sei, weil das Gemisch immer noch mehr als den mindestzulässigen Fettgehalt von 2,7 Proz. gehabt habe.

Die Beweishebung, für die von Staatsanwalt und Verteidigung eine reichliche Zahl Zeugen aufgeboden worden war, ergab dasselbe Bild wie vor dem Schöffengericht. Einem Chemiker des Betriebes, der Unregelmäßigkeiten gewittert hatte, erklärte der von ihm zur Rede gestellte Schlobisch: „Ich habe Befehl von oben!“

Staatsanwaltsbassessor Puhj beantragte gegen Krause sechs Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen Schlobisch 200 M. Geldstrafe. Beide Kreise der Bevölkerung seien durch diese Milchverfälschungen geschädigt worden.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu dem Urteil, die Berufungen der Angeklagten und auch des Staatsanwalts zu verwerfen und es bei dem Schöffengerichtsurteil zu belassen.

Aus Groß-Berlin.

Eine Jugendweibe.

Zu einer würdevollen Veranstaltung gestaltete sich die von der organisierten Arbeiterschaft Berlins veranstaltete Jugendweibe, die am letzten Sonntag in dem großen Saale von Kellers Neuer Philharmonie stattfand.

Auf 11 Uhr vormittag war die Weibe angefüllt, doch schon lange vorher waren Saal und Galerien dicht besetzt. Ein Nebensaal mußte geöffnet werden, um die Scharen der Angehörigen der zur Jugendweibe erschienenen Knaben und Mädchen zu fassen.

Punkt 11 Uhr wurde die Feier eröffnet mit einem stimmungsvollen Chorgesang der Männerchöre „Ost“ und „Wedding“ unter Leitung des Chormeisters Litzko: „Glaube, Hoffnung, Liebe“, dem das schöne „Vader, reichet die Hand zum Bunde“ folgte.

